

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Adler & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: G. K. K. Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 85,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Veröffentlichung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbpaltene Nonpareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die halbpaltene Reklamezeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisüberlegung 1 M.

Nr. 123

Dresden, Montag den 29. Mai 1922

33. Jahrg.

Das Sonderrecht der Hohenzollern

Die Frage der Hohenzollern-Abfindung ist durch die ungenügenden mysteriösen Vorgänge im preussischen Finanzministerium wieder einmal aktuell geworden. Dabei verdient Beachtung, daß auch ein bürgerlich-demokratisches Volk, die Frankfurter Zeitung, gegen den Verzicht der Hohenzollern und ihrer Sachwalter Stellung nimmt, diese Angelegenheit auf ein privatrechtliches Gebiet zu ziehen und die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und einem ehemaligen Fürstenhaus wie einem beliebigen bürgerlichen Rechtsstreit zu behandeln. Der Artikel schließt mit den Worten:

Es wäre an der Zeit, daß auch die Vertreter des Hohenzollernhauses einsehen könnten, daß bei der Auseinandersetzung nicht nur ihre höchst persönlichen Interessen gewahrt werden müssen. Weshalb ist das höchste Wohl und Wehe der einzelnen Mitglieder der Hohenzollern-Familie, das von vornherein für alle Zukunft verordnet ist, in die Hände des Staates zu legen? Der Staat, der früher von der Krone verwaltet wurde, ist heute ein demokratisches Volk zu erhalten und zu verwalten, das in einer Zeit, wo Staat und Volk unter den höchsten Kosten des Verfalls der Hohenzollern zu erliegen drohen, auf Kosten der Allgemeinheit eine Familie in übermächtigen Reichthümern ausstattet. Es geht hier um Dinge, die die ganze Öffentlichkeit und das gesamte Volk in allen seinen Teilen aufs höchste betreffen, und es wäre gut, wenn die repräsentativen Gremien des Reichstages ernstlich ihre Aufmerksamkeit diesen Dingen zuwenden. Die Vertreter des Reichstages und ihre Sachwalter im Reichstag oder in den Provinzialparlamenten sind verpflichtet, mit dem Volk zu sprechen, mit dem die Hohenzollern-Familie nach der Beschlagnahme des Kronvermögens des Reichstages durch den Reichstag (S. 10. Nr. 1) konfrontiert ist. Die Mitglieder des Reichstages sind verpflichtet, nicht nur die Interessen des Reiches, sondern auch die Interessen der Hohenzollern-Familie zu vertreten, und es wäre gut, wenn die Mitglieder des Reichstages ernstlich ihre Aufmerksamkeit diesen Dingen zuwenden. Die Vertreter des Reichstages und ihre Sachwalter im Reichstag oder in den Provinzialparlamenten sind verpflichtet, mit dem Volk zu sprechen, mit dem die Hohenzollern-Familie nach der Beschlagnahme des Kronvermögens des Reichstages durch den Reichstag (S. 10. Nr. 1) konfrontiert ist.

Es scheint sich allerdings um eine Charaktereigenschaft zu handeln, die mehr oder weniger allen Fürstentümern eigenständig ist. Denn als die „allerhöchsten Herrscher“, die 1918 ihren Thron verloren haben, sind von dem Reich die öffentlichen Interessen gelangt und haben nur den Kampf um ihren privaten Besitzteil geführt.

In einigen Blättern ist die Frage aufgeworfen worden, weshalb die Hohenzollern noch nicht zur Steuerzahlung herangezogen worden seien. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitteilt wird, hat eine Gesamtveranlagung des Hohenzollernvermögens stattgefunden; gegen diese Veranlagung ist jedoch Berufung eingelegt worden, sowohl vom ehemaligen Königs- als auch von den Veranlagungsbehörden. Infolgedessen sind die Steuern vorläufig gestundet worden. Aus dem Einkommen des Schatzvermögens sind die Steuern bis zum

1. April 1920 gezahlt worden. Im übrigen kann der Fiskus durch die Stundung der Steuern nicht geschädigt werden, da er infolge der Beschlagnahme die ganze Vermögensmasse in Händen hat.

Soweit die amtliche Darstellung. Aus ihr geht hervor, daß die Hohenzollern gegen ihre Veranlagung reklamiert haben, darauf sind sie von der Steuerpflicht entlassen worden. So augencheinlich dieser Berufungserfolg für die Hohenzollern von Doorn ist, wir können dennoch niemand raten, zu glauben, daß seine Berufung gegen die Steuerveranlagung den gleichen Erfolg haben würde. Bei sämtlichen deutschen Steuerzahlern, mit Ausnahme des Hohenzollern, gilt das Zahlungsgesetz, das im Reklamationsfall die fälligen Zahlungen nicht aufgehoben werden.

Wie lange noch wird die Republik den Hohenzollern Sonderrechte zugestehen?

Gegen den Monarchistenummel

Königsberg, 28. Mai. Im Stadterordnetenratungsamt zu Königsberg tagte in Anwesenheit des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, des Reichstagsabgeordneten des Reichstages Adolf Braun und des ostpreussischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten der ostpreussische Volkspartei Dr. E. P. D. Er war von besonderer Bedeutung durch die scharfe Stellungnahme gegen den immer noch bestehenden, mit Waffen versehenen monarchistischen Heimatsbund und dem im Entstehen begriffenen Stahlhelmorganisation. Der Parteitag nahm zu dieser Frage folgende Resolution an:

Die politische Lage Ostpreußens verlangt die größte Aufmerksamkeit aller überzeugten Republikaner. Im Interesse der Reichseinheit haben Reichs- und Staatsregierung die Pflicht, alle die Reichseinheit bedrohenden Bestrebungen der monarchistischen Parteien auf das genaueste zu beobachten und erforderlichenfalls zum Schutze der Republik einzugreifen. Deswegen verlangt der Parteitag strengste Bemühung der noch im Besitze des Heimatsbundes und der reaktionären Grundbesitzer befindlichen Waffentragenden. Gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda, die mit allen Mitteln und auch mit der Person Hindenburg in diesen Tagen getrieben wird, wird im Interesse der Republik eine scharf ablehnende Haltung beider Regierungen verlangt. Die Parteimitglieder werden aufgefordert, den reaktionären Veranstaltungen und dem in den nächsten Tagen stattfindenden Heimatsbund nicht nur fernzubleiben, sondern in scharfster Agitation jeden wahren Republikaner davon abzuhalten.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die in Ostpreußen immer noch in reaktionären Händen sich befindenden Waffentragenden beschlagnahmt und vernichtet werden, daß die Organisation der früheren Ostpreußen aufgelöst und die bei jedem Landratsamt noch immer amtlich tätigen militärischen Kreisräte (frühere Offiziere) entlassen werden.

Gegenüber Dr. Adolf Braun hielt ein einbringliches Referat über die inneren und äußeren Schwierigkeiten der deutschen Republik, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Parteitag schloß mit einem Kreuzschrei für die Republik und zur Sozialdemokratie.

Die Zählung der Valuta

Wieder steht das deutsche Volk vor Entscheidungen, die für uns von der größten Bedeutung sind. Davon, ob es gelingt, in Paris eine Vereinbarung zwischen Deutschland und der Reparationskommission zustande zu bringen, wird es abhängen, ob Deutschland von neuen schweren Erschütterungen bedroht wird. Es ist zweifelhaft, ob Polnare es wagen würde, gegen den Willen seiner Ententegeossen seine Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen, aber mit der Möglichkeit des Einmarsches müßte doch sehr stark gerechnet werden.

Wenn man aber die Lage von heute mit der vergleicht, in der sich Deutschland etwa vor einem Jahre befand, so läßt sich ein wesentlicher Fortschritt nicht verkennen. Vor einem Jahre, als uns die Reparationsbedingungen aufzulehnen oder anzunehmen galt. Jetzt haben nicht nur eingehende Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschlands und den Vertretern der Entente stattgefunden, sondern es besteht auch zweifellos bei einem Teile der Ententestaaten das ernsthafte Bestreben, wirklich eine Einigung mit Deutschland herbeizuführen, um es nicht wieder zu einem Diktat kommen zu lassen. Die Welt hat im vergangenen Jahre doch mancherlei gelernt und die außenpolitische Lage Deutschlands ist heute, so schwer sie noch ist, jedenfalls günstiger als vor einem Jahre, ein Fortschritt, den auch die Herren vom Hefferrich nicht zu verdunkeln vermögen, wenn sie auch noch so sehr schimpfen.

Ueber die Einzelheiten der Verhandlungen des Ministers Sermes mit der Reparationskommission herrscht in der Öffentlichkeit keine völlige Klarheit, und wie bekannt geworden ist, sind im Reichskabinett besonders zwischen Wirth und Hermes Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, welche Zugeständnisse Deutschland der Reparationskommission machen dürfe. Es handelt sich dabei vor allen Dingen um die Begrenzung des deutschen Notenumlaufes.

Das Sinken der deutschen Valuta hat weltwirtschaftliche Störungen hervorgerufen, durch die auch die Ententestaaten sehr empfindlich betroffen worden sind. Ihre Industrie liegt danieder und Millionen von Arbeitern sind ohne Arbeit. Das Ziel der Ententepolitik ist daher heute auf eine Befestigung der deutschen Mark gerichtet. Nun ist wie in Deutschland so auch in den Ententeländern die Ansicht weit verbreitet, daß das Sinken der deutschen Valuta in erster Reihe der Vermehrung des deutschen Notenumlaufes zuzuschreiben ist. Deswegen verlangt die Reparationskommission von Deutschland, daß es seinen Notenumlauf nicht über die am 31. März 1922 erreichte Höhe vermehren solle, eine Bestimmung, die besonders dem Reichskanzler Wirth sehr bedenklich erschien.

In Wahrheit ist auch die Annahme falsch, daß die Vermehrung des Notenumlaufes in erster Reihe die Ursache des Sinkens unserer Valuta ist. Es ist umgekehrt richtig, daß die starke Vermehrung unseres Notenumlaufes durch das Sinken unserer Valuta hervorgerufen ist. Als sich in der ersten Hälfte des vorigen Jahres unsere Mark einigermassen stabil hielt, hat auch der deutsche Papiergeldumlauf verhältnismäßig wenig zugenommen. Erst das starke Sinken der deutschen Valuta seit Mitte vorigen Jahres hat zu einer so schnellen Zunahme unseres Umlaufes an papierenen Zahlungsmitteln geführt. Das Sinken der Valuta ist die Folge unserer schlechten Zahlungsbilanz. Weil wir an das Ausland sehr viel mehr zu zahlen haben, als wir vom Ausland zu fordern haben, überwiegt die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln das Angebot. Infolgedessen steigen die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel. Das hat eine Verteuerung der Rohstoffe und Nahrungsmittel und somit eine Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung zur Folge. Der Staat muß infolgedessen für allen seinen Bedarf viel höhere Preise zahlen, er muß aber auch die Gehälter der Beamten gewaltig erhöhen, Mehrausgaben, die zunächst nur durch eine Forderung der Valuta gedeckt werden können, zumal neue Steuern größere Einnahmen immer erst längere Zeit nach ihrem Inkrafttreten liefern. Außerdem steigt natürlich bei einer Zunahme der Lenkung natürlich auch der Bedarf der Volkswirtschaft an Zahlungsmitteln und schon aus dem Grunde ist es notwendig, daß die Notenpresse viele Milliarden Papiergeld der Wirtschaft zur Verfügung stellt. Wir können daher die Forderung, unsere Notenpresse stillzulegen nur geben, unter der Voraussetzung, daß ein weiteres Sinken unserer Mark nicht eintritt. Wie in der Presse gemeldet wird, soll die Reparationskommission auch bereit sein, einem derartigen Vorbehalt ihre Zustimmung zu geben.

In dem Austrägenmarsch des Reichstages haben besonders die Redner der Deutschen Volkspartei, die Herren Wether und Stinnes, an den Zuhörern, die an die Entente gewandt worden sind, scharf Kritik geübt. Es ist sicher kein Zufall, daß gerade Herr Stinnes von der Aussicht auf eine Stabilisierung der deutschen Valuta, die durch die Verhandlungen in Paris erreicht werden soll, nicht sonderlich erdaut ist. Unsere Industrie hat in den letzten Jahren trotz der Not des deutschen Volkes gute Zeiten gehabt. Man hat leicht und mühselos verdient, weil die Spanne zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen der deutschen Industrie vielfach einen Vorprung vor der ausländischen Konkurrenz gab. Das würde aufhören, wenn es gelang, dem Sinken der deutschen Mark Einhalt zu tun, oder wenn gar, was möglicherweise die Folge des Zustandekommens der Reparationsvereinbarung an Deutschland sein könnte, die deutsche Mark steigt. Dann würde die Industrie die größte Miße

Bergeudung menschlicher Arbeitskraft

Von Paul Lämmel

Die Folge der hohen Eisenpreise

Im Eisenwirtschaftsbund führen die freigewerkschaftlichen Vertreter gegen die Unternehmervertreter einen hartnäckigen Kampf um die Wiedereinführung von Höchstpreisen für Eisen. Bisher ist es ihnen nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Im Metallarbeiterverband ist deshalb die Richtung im starken Anwachsen, die eine Forderung der Vertreter des Verbandes aus dem Eisenwirtschaftsbund verlangt. Inzwischen stellen die Preise für Eisen ununterbrochen die Höhe. Fast noch höher als die Preise für Lebensmittel, die in der Weltmarktpreis erheblich überschritten.

Im April ist der Eisenpreis um über 31 Prozent gestiegen. Die Spannung zwischen ihm und den gestiegenen Löhnen in der Eisenindustrie hat sich dadurch noch weiter vergrößert. Die Löhne werden dadurch ein immer weniger ausgleichender Faktor bei der Malfaktoren in der Eisenindustrie. Der Eisenarbeiter macht sich noch mehr als bei den Finanzien der Reichseisenindustrie das Mißverhältnis zwischen Materialkosten und Lohnkosten bemerkbar. Es wäre eine bankrotte Aufgabe für Betriebsräte, so es ihnen möglich ist, einwandfreie Unterlagen aus einzelnen Betrieben heranzuschaffen.

Diese hohen Eisenpreise sind aber weiterhin die Ursache einer weiteren, volkswirtschaftlich auf die Dauer recht bedenklichen Entwicklung, die immer bemerkbarer hervortritt. In der Entwicklung der Industrie war bisher von großer Bedeutung der Einsatz menschlicher Handarbeit durch Maschinen und Anlagen, die diese Handarbeit ersparten. Erhebliche Aufwendungen wurden in den einzelnen Betrieben gemacht, da bei dem Betriebe ersparte Lohn überflüssig gewordenen Handarbeitern den Wert der Anlage für die aufgewandten Kapitalien auch amortisierte. Ein bedeutender Anteil der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Maschinenindustrie beruht auf dieser Entwicklung.

Jetzt führt die Verteuerung des Eisens und damit natürlich auch die Verteuerung der Herstellung aller technischen An-

lagen in den Betrieben, die dazu bestimmt sind, menschliche Arbeitskraft zu sparen, zu einem Stillstand, wenn nicht gar einem Rückschritt in der technischen Entwicklung, namentlich der mittleren Betriebe. Diese arbeiten oft genug schon mit einem ziemlich erheblichen Verlust, allein um nur die notwendigen Rohstoffe zu beschaffen. Jene Verbesserungen im Betriebe, die menschliche Arbeitskraft ersparen sollen, werden immer mehr zurückgestellt oder gänzlich aufgegeben, namentlich wenn größere Mengen Eisen als Baumaterial dabei in Frage kommen. Es ist für diese Betriebe vorteilhafter, die menschliche Arbeitskraft nicht zu sparen, da sie verhältnismäßig billig ist, die Verzinsung und Amortisierung des für die Anlage aufgewandten Kapitals durch den ersparten Arbeitslohn nicht erreicht werden. Diese Erscheinung findet man sonst nur im Anfangsstadium der industriellen Entwicklung und sollte nicht nur die organisierte Arbeiterschaft, sondern auch die unorganisierte Arbeiterschaft im Auge fassen.

Die großen finanzkräftigen Werke unterliegen ja vorläufig noch nicht dieser Rückentwicklung der Betriebsorganisation. Sie können ihre ungeheuren Ueberflüsse verteilen, legen sie diese doch lieber für die Zukunft produktiv in Betriebsverbesserungen an. Sie werden auch in späterer Zeit konkurrenzfähig sein. Anders aber werden diese hohen Eisenpreise auf die weniger günstig stehenden, nur weiterverarbeitenden Werke. Bei ihnen muß, wenn die Entwicklung so weiter geht, in einigen Jahren der Krisenzustand erreicht sein, so sie nicht mehr konkurrenzfähig sind, wo umfangreiche und permanente Konflikte mit der Arbeiterschaft zu erwarten sind.

Ein anderer Nachschaden, der ebenfalls aus der hohen Spannung zwischen verhältnismäßig billigen Löhnen und hohen Eisenpreisen erwächst, ist der verstärkte Scheit nach Verlängerung des Arbeitsuntertages. Es wäre interessant, untersuchen zu können, wieviel bei dem Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland auf das Konto dieses Mißverhältnisses zu setzen ist. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aber hat gar keine Ursache, durch Verzögerung auf nur die geringste ihrer gewerkschaftlichen Forderungen diese ungeliebte Tendenz in der industriellen Entwicklung der Republik zu unterstützen.

50
90
90
25
32
98
50
90
75
400
450
125
400
425
250
175
120
170